

**Typisch Koch:
Brutalstmöglicher Bruch von Wahlversprechen und brutalstmögliche Verantwortungslosigkeit**

Die Koch-Vorschläge zur Sanierung des Landeshaushaltes machen deutlich, dass Roland Koch das reiche Land Hessen in die Pleite geführt hat.

Wegen Kochs hemmungsloser Ausgabenpolitik der vergangenen Jahre und Kochs fehlendem Weitblick müssen jetzt viele leiden: Es werden weniger Polizeibeamte eingestellt, weniger Lehrer, der Straßenbau wird auf Null gefahren, viele soziale Initiativen von Mütterzentren über Kinderbetreuungseinrichtungen bis hin zur Seniorenberatung sind in ihrer Existenz bedroht. Ob Verbraucherschutz, Hilfen für Existenzgründer oder Beschäftigungsprogramme, bei der Altenpflege und bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit – überall wird hemmungslos zusammengestrichen.

Beamte werden wieder 42 Stunden arbeiten müssen wie in den 60iger Jahren und ihnen wird gleichzeitig das Urlaubsgeld genommen und das Weihnachtsgeld gekürzt. Dieses „Modell Hessen“ will Koch auch auf die Angestellten und die private Wirtschaft übertragen.

Koch hat wieder einmal gelogen. Er hat mehr Polizei, 500 zusätzliche Lehrer, mehr Straßenbau versprochen. Er hat sein ausdrückliches Wort gegeben, dass es für Beamte kein Sonderopfer geben wird. So geht Koch mit der Wahrheit um, brutalstmöglich ...

Das reiche Hessen ist ein Sanierungsfall geworden. Schuld ist daran die hemmungslose Verschuldungspolitik von Koch. Seit 1998 hat er die Landesausgaben um fast 12 Prozent gesteigert.

Obwohl Koch fast 8 Milliarden EURO mehr Gesamteinnahmen in den letzten vier Jahren (1999 bis 2002) zur Verfügung hatte als rot-grün in ihren letzten Regierungsjahren (1995 bis 1998) hat er **Jahr für Jahr die Schulden angehäuft.** Auf jetzt über 28 Milliarden EURO.

Diese Verschuldungspolitik hat nun dazu geführt, dass **Hessen in seiner Bonität abgewertet** wurde. Das sogenannte „AAA“ wurde von der Ratingagentur Standart und Poor's Hessen abgenommen, weil die Verschuldung zu hoch ist. **Mit Koch beginnt der Abstieg Hessen.** Die Folge ist, dass Sparkassenkunden mehr Zinsen für Kredite zahlen müssen.

Drei verfassungswidrige Haushalte hinter einander machen deutlich, **dass Koch seiner Karriere wegen auch bereit ist, die Verfassung zu brechen.**

Koch hat jetzt brutalstmögliches Sparen verordnet. Für ihn gilt das nicht. In seinem Ministerium, die Staatskanzlei hat er die Stellen um über 30 Prozent ausgeweitet. Er hat ein Ministerium mehr geschaffen, um seine Parteispezis, die ihn im Schwarzgeld-Skandal die heißen Kartoffeln aus dem Feuer geholt haben, abzufinden. Am gleichen Tag wie er seine Sparorgie verkündet, feiert er auf Kosten der Steuerzahler ein rauschendes Fest in Kassel – empfangen von Pfiffen betroffener Polizeibeamter.

Während überall die Kleinen nun für Koch falsche Politik bußen müssen, wird bekannt, dass Steuerflüchtlinge in Hessen systematisch geschont werden.

Und typisch Koch: Mit Tabellen und vielen Worten will er von der Wahrheit ablenken, dass er mit seiner politischen Verantwortungslosigkeit und seinem fehlenden Weitblick den Finanzkollaps in Hessen zu verantworten hat.

Stoiber hat deshalb Koch vorgehalten, „wer große Forderungen an die Bundespolitik stellt, müsse erst einmal ein bisschen Ordnung ins eigene Land bringen.“ Und Financial Times zitiert einen Bundestagsabgeordneten der CDU mit den Worten, dass es sein könne, dass „Kochs Kanzlerkandidatur im Schuldensumpf stecken bleibe“. **Selbst im Unionslager wird mehr und mehr deutlich, wie unsolide, chaotisch und falsch Kochs Politik ist.**

Kochvorschläge:

Dokument gebrochener Wahlversprechen, fehlenden Weitblicks, hemmungsloser Ausgabenpolitik und politischer Verantwortungslosigkeit von Roland Koch

Roland Koch hat sein Sparprogramm mit vielen Superlativen überhöht. Aber die mediale Show soll nur verdecken, dass seine hemmungslose Ausgabenpolitik und sein fehlender Weitblick zu einer nie da gewesenen Finanzmisere in Hessen geführt haben. **Hessen ist praktisch pleite.** Aber typisch für Koch: Er versucht die Schuld für das Haushaltsdesaster auf andere zu schieben. **In Wahrheit jedoch kehrt er die Scherben seiner eigenen Politik zusammen.**

Durch die Einsparung von rund einer Milliarde Euro versucht er lediglich die **Mindestvoraussetzung für einen Haushalt zu erfüllen, nämlich die Einhaltung der Verfassungsgrenze der Nettoneuverschuldung.** Während er aber mit großen Sprüchen die Sparorgie für den Haushalt 2004 ankündigt, muss der Chef der Staatskanzlei einräumen, dass in den nächsten Wochen ein **Nachtragshaushalt für das Jahr 2003 vorgelegt wird, der wiederum gegen die Verfassung verstößt** und ein neues Rekorddefizit droht.

Mit zahlreichen Tabellen versucht Koch die Lüge aufrecht zu erhalten, dass Hessen ein Einnahmeproblem habe, das nun zu dem Finanzkollaps geführt hat. Das Gegenteil ist richtig. **Wieder einmal verfälscht Roland Koch die Bilanz.** Seine berühmte Pressekonferenz zum Höhepunkt des Schwarzgeld-Skandals, in der er die Ein- und Ausgaben des CDU-Landesverbandes falsch darstellte, um zu begründen, dass niemand etwas von dem CDU-Schwarzgeld wusste, und seine anderen Lügen kommen in Erinnerung, wenn man Roland Koch nun die Tabellen über die Steuerentwicklung in Hessen vortragen sieht.

Der erste Trick ist, dass sich Roland Koch bei seinem Vergleich der **bereinigten Gesamteinnahmen** (Steuern, Zuschüsse, Umlagen, Ausgleichszahlungen) des

Landes Hessen das Jahr **1998 heraus pickt**. Würde er das Jahr 1997 zu Grunde legen, käme er zu einem anderen Ergebnis. 1997 betrug die bereinigten Gesamteinnahmen 15 Milliarden Euro. **Die bereinigten Gesamteinnahmen im Jahre 2002 mit 16,09 Milliarden Euro rund 1 Milliarde € höher als 1997.**

Solide ist aber nur ein Vergleich über einen gewissen Zeitraum, z.B. eine Legislaturperiode, weil es bei den Einnahmen immer Jahresspitzen und –tiefs gibt. Deshalb ist der Vergleich der letzten vier rot-grünen Jahre mit den ersten vier Koch-Jahren der richtige Maßstab für einen Vergleich. Und dabei ist festzustellen: Hessen hatte in den letzten vier rot-grünen Haushaltsjahren von 1995 bis 1998 an **bereinigten Gesamteinnahmen** 60,6 Milliarden Euro zu Verfügung. Die Koch-Regierung dagegen hatte von 1998 bis zum Jahre 2002 zusammen 68,5 Milliarden Euro Gesamteinnahmen. **In diesem Zeitraum also hat sie 7,9 Milliarden Euro mehr zur Verfügung als die rot-grüne Landesregierung.** Damit wird die Lüge von Roland Koch offenkundig, dass Hessen ein Einnahmeproblem habe.

Doch auch wenn man die **Maßgröße Steuereinnahmen vor Länderfinanzausgleich (LFA)** nimmt, die Koch ebenfalls einführt, aber wiederum auf das Jahr 1997 verkürzt, wird deutlich, dass Hessen kein Einnahmeproblem hat: Von 1995 bis 1998 nahm die rot-grüne Landesregierung vor dem LFA-Ausgleich 48,7 Mrd € ein, die CDU/FDP-Regierung nahm 56,5 Mrd. ein, also 7,8 Mrd € mehr.

Koch macht aber den **Länderfinanzausgleich zum Sündenbock** und behauptet, er sei wesentliche Ursache des Finanzdesasters. Hessen musste aber schon immer einen Finanzausgleich leisten. Das sieht das Grundgesetz vor, um in allen Teilen der Bundesrepublik vergleichbare Lebensverhältnisse zu schaffen. Tatsache ist, dass Roland Koch in seiner Amtszeit von 1999 bis 2002 auch nach dem Länderfinanzausgleich über deutlich mehr Geld verfügte als rot-grün. Rot-grün hatte in den vier letzten Haushaltsjahren 43,1 Milliarden Euro **Steuereinnahmen nach LFA zu Verfügung, die Regierung Koch 46,7 Milliarden Euro, also rund 3,6 Milliarden Euro mehr.** Auch hier versucht Koch also die Öffentlichkeit zu täuschen.

Hessen hat ein Ausgabenproblem.

Um dies zu verschleiern wählt - typisch Koch – er eine geschickte Darstellung. Er spricht davon, dass die bereinigten Gesamtausgaben des Landes sich von 14,49 Milliarden Euro in 1998 auf 16,08 Milliarden Euro in 2002 gesteigert haben. Dies sind übrigens 7,5 %!

Er benennt aber nicht, dass im Jahre 2003 Gesamtausgaben des Landes in Höhe von 16,71 Milliarden Euro geplant sind. **Das sind 1,75 Milliarden Euro mehr als 1998. Damit ist der Hessenhaushalt vom letzten rot-grünen Jahr bis zu diesem Haushaltsjahr 2003 um 11,7 % gestiegen.**

Kein anderes Land hat einen solchen Ausgabenanstieg.

Hessen ist zum Sanierungsfall geworden, weil sich die Landesregierung als unfähig erwiesen hat, eine effektive und nachhaltige Ausgabenbegrenzung im Haushalt umzusetzen.

Dies lässt sich an den **Steigerungsraten der bereinigten Gesamtausgaben** (nach Länderfinanzausgleich) nachweisen. Sie beliefen sich auf 2,1 % (1999), 0,8 % (2000), 3,2 % (2001) und 1,9 % (2002). **Für das Haushaltsjahr 2003 ist sogar ein Ausgabenanstieg um 3,2 % vorgesehen.** Zum Vergleich: In den letzten von Rot-Grün verantworteten Jahren waren die Steigerungsraten deutlich geringer; sie lagen zum Teil sogar im Minusbereich: -0,5 % (1996), -0,6 % (1997) und -0,8% (1998). **Mit der Haushaltssteigerung im Jahr 2003 von 3,2% verstößt die Landesregierung sogar gegen die Festlegung im Finanzplanungsrat zu Einhaltung der Maastricht-Kriterien.**

Die konkreten Vorschläge im Haushalt 2004, eine Milliarde Euro einzusparen, sind die Folge eines zentralen Realitätsverlustes der Landesregierung. **Das jahrelange Beharren darauf, dass Hessen kein Ausgabenproblem, sondern ausschließlich ein Einnahmeproblem habe, hat die Situation massiv verschärft.** Im Übrigen war es gerade Roland Koch, der alle denkbaren Einnahmeverbesserungen, die Finanzminister Hans Eichel vorgeschlagen hat, im Bundesrat sabotiert. Mit seiner Blockade im Bundesrat hat er auf Einnahmen durch Subventionsabbau in Höhe von

rund 300 Millionen € jährlich verzichtet. Auch bei der Wiedererhebung der Vermögenssteuer oder bei der Heraufsetzung der Erbschaftssteuer blockiert Koch. Die Grundwasserabgabe hat er abgeschafft. Und durch die unzulängliche Verfolgung von Steuerflüchtigen sind dem Land massive Einnahmen entgangen.

Die Koch-Vorschläge im einzelnen

Was Koch als erforderliche Schritte bezeichnet, stellt sich als reihenweiser Bruch von Wahlversprechen heraus. Es wurden mehr Lehrer versprochen, aber es wird weniger Lehrer geben. Es wurden mehr Polizisten versprochen, aber es wird weniger Polizisten geben. Es wurde mehr Straßenbau versprochen, aber es wird weniger Straßenbau geben. Noch bis in die letzten Tagen hinein wurde behauptet der Hochschulpakt, der den Hochschulen dauerhaft verlässliche Einnahmen sichern sollte, hält. Auch dieses Wort ist nun gebrochen.

Die Leidtragenden der verfehlten Politik von Roland Koch sind zum einen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landes. Den Beamten mutet er Arbeitszeitverlängerung bis zu 42 Stunden zu – was ein Rückschritt in die 60er Jahre ist. Gleichzeitig kürzt er beim Weihnachtsgeld und streicht das Urlaubsgeld. Dies hat zur Folge, dass Beamte bis zu 1.000 Euro jährlich verlieren. Berechnet man die Maßnahmen auf den Stundenlohn, so bedeutet dies sogar eine Kürzung rund 12 %.

Während moderne Unternehmen mit Beschäftigten in Krisensituationen verhandeln, verordnet Ministerpräsident obrigkeitstaatlich **Mehrarbeit und Gehaltskürzungen. Beides zusammen führt zu erheblicher Demotivation.** Die einseitigen Belastungen der Beamtinnen und Beamten sind übrigens **ein klarer Wortbruch** des Ministerpräsidenten. Er hat noch vor wenigen Monaten sein Wort dafür gegeben, dass es zu **keinen Sonderopfern** kommen wird.

In der Pressekonferenz sprach er davon, dass er „sein Wort zurücknehmen müsse“. Typisch Koch. Wie auch immer er es umschreiben will: Er hat zu einem Zeitpunkt sein Wort gegeben als in der Staatskanzlei schon an den Einsritten in seinem Auftrag gerechnet wurde. **Koch hat gelogen – einmal mehr.**

Die vorgeschlagenen Verbesserungen der Einnahmenseite treffen zum anderen die Bürgerinnen und Bürger Hessens. Die **Verwaltungsgebühren** sollen angehoben werden (Mehreinnahmen 10 Millionen Euro) und auch die Widerspruchsgebühren sollen angehoben werden (Mehreinnahmen 5 Millionen Euro).

Bluten müssen auch **Hessens Studenten** für die fehlerhafte Politik. Sie sollen 50 Euro je Semester zahlen. Dieses Geld geht aber nicht an die Hochschulen, sondern wird von Finanzminister Weimar vereinnahmt. Das gleiche gilt für Langzeitstudierende und Zweitstudierende, die sogar 500 Euro pro Semester zahlen sollen.

Eine völlige Luftnummer ist der vorgesehene **Verkauf der Wohnstadt GmbH** in Kassel an die **Nassauische Heimstätte**. Hierbei sollen 250 Millionen Euro Einnahmen für das Land entstehen. Hintergrund des ganzen Deals ist, dass die Nassauische Heimstätte, die dem Land gehört, einen Kredit aufnimmt, um Teile an der Wohnstadt Kassel zu erwerben, damit das Geld dann dem Land zufließen kann. Es handelt sich also um einen klaren Taschenspielertrick. Und eines wird auch jetzt schon klar, am Ende soll dann auch die Nassauische Heimstätte verkauft werden, was dazu führt, dass die **Mieterinnen und Mieter dort mit Mieterhöhungen zu rechnen haben**.

Zudem hat Koch die Kürzung aller **sogenannten freiwilligen Leistungen um 33 % verordnet**. Dies wird nahezu alle Bereiche des Landes treffen. Von **Mütterzentren, Frauenhäusern, Schuldnerberatung, Eingliederung Behinderter, Pro Familia, Kinderbetreuungseinrichtungen, über den Bildungsbereich bis hin zum Verbraucherschutz oder Beschäftigungsmaßnahmen, der Altenpflege, Seniorenberatungsstellen, der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, AIDS-Hilfe und Drogenberatungen wird ein sozialer Kahlschlag betrieben**. Es werden hier wichtige, zum Teil **auf ehrenamtlicher Arbeit beruhende Strukturen zerschlagen**. Die Vorgaben bedeuten das faktische Aus für viele Initiativen. Sie sind die Aufgabe von gestalterischer Sozialpolitik in Hessen.

Außerdem sollen die investiven Maßnahmen im **Landesstraßenbauprogramm und im staatlichen Hochbauprogramm um insgesamt 60 Millionen Euro gekürzt werden**.

Konjunkturpolitisch ist das die dümmste aller denkbaren Maßnahmen. Der hessische DGB hat ausgerechnet, dass dies wiederum Tausende Arbeitsplätze kosten wird. Es ist auch ein Bruch der Wahlversprechen von Roland Koch, dass im Straßenbau jährlich über 50 Millionen Euro ausgegeben werden sollen.

Weiterhin plant Koch die **Zusammenlegung von Finanzämtern, von Amtsgerichten, die Halbierung der Anzahl von Forstämtern, die Reduzierung der Zahl der Revierförstereien** um ein Drittel sowie die Abschmelzung der Standorte für Ämter für Lebensmittelüberwachung und Tierschutz. Dies wird in vielen Fällen dazu führen, dass Bürger weitere Wege zu Erledigung ihrer Behörden- und Gerichtsgänge einplanen müssen und auch der hessische Wald wird anscheinend als Einsparobjekt gesehen.

In diesem Zusammenhang ist zu sagen, dass die Regierung auch **betriebsbedingte Entlassungen nicht ausschließt**. Exemplarisch wurden die Waldarbeiter genannt. Regierungsmitglieder verstiegen sich gar auf die Formulierung, dass Waldarbeiter ja als Vollzugsbeamte in Gefängnissen eingesetzt werden könnten. Auch diese Äußerung macht klar, wie wenig durchdacht, wie panikartig Koch vorgeht, nachdem ihm klar wurde, dass er nach der Abwertung der Bonität Hessens durch die Ratingagentur Standard & Poor's zum Handeln gezwungen ist.

Insgesamt stellt die sogenannte „Operation sichere Zukunft“ in vielen Bereichen eine Amputation vieler wichtiger Bereiche dar. Kochs Vorgehen macht einmal mehr deutlich, dass politische Verantwortungslosigkeit und fehlender Weitblick gepaart mit brutalstmöglicher Unehrllichkeit sein Handeln bestimmt.

Gesamtausgaben bereinigt	Gesamtausg. bereinigt ohne LFA und Bahnreform(1995-1998)	Gesamteinnahmen bereinigt	Steuereinnahmen nach LFA
-----------------------------	--	------------------------------	-----------------------------

Beträge in Mio. Euro

absolute Werte

1995 (Ist)	15.586,2	14.660,7	14.117,2	10.588,0	SPD-Grüne-Regierung unter Hans Eichel
1996 (Ist)	16.590,3	14.589,6	15.396,4	10.730,5	
1997 (Ist)	16.532,7	14.498,0	14.985,4	10.421,2	
1998 (Ist)	16.657,9	14.492,4	16.132,3	11.393,6	
1999 (Ist)	17.750,4	15.276,7	17.281,7	11.869,0	CDU-FDP-Regierung unter Roland Koch
2000 (Ist)	18.203,7	15.394,6	17.793,2	12.181,6	
2001 (Ist)	18.512,3	15.890,6	17.322,2	11.465,7	
2002 (Soll e.N.)	18.232,0	16.192,0	16.094,6	11.170,9	
2003 (Soll)	19.073,6	16.713,6	17.790,6	12.036,5	CDU-Regierung unter Roland Koch
Summe 1995-1998	65.367,1	58.240,8	60.631,3	43.133,3	SPD-Grüne-Regierung unter Hans Eichel
Summe 1999-2002	72.698,4	62.753,9	68.491,7	46.687,2	CDU-FDP-Regierung unter Roland Koch

absolute Veränderung zum Vorjahr

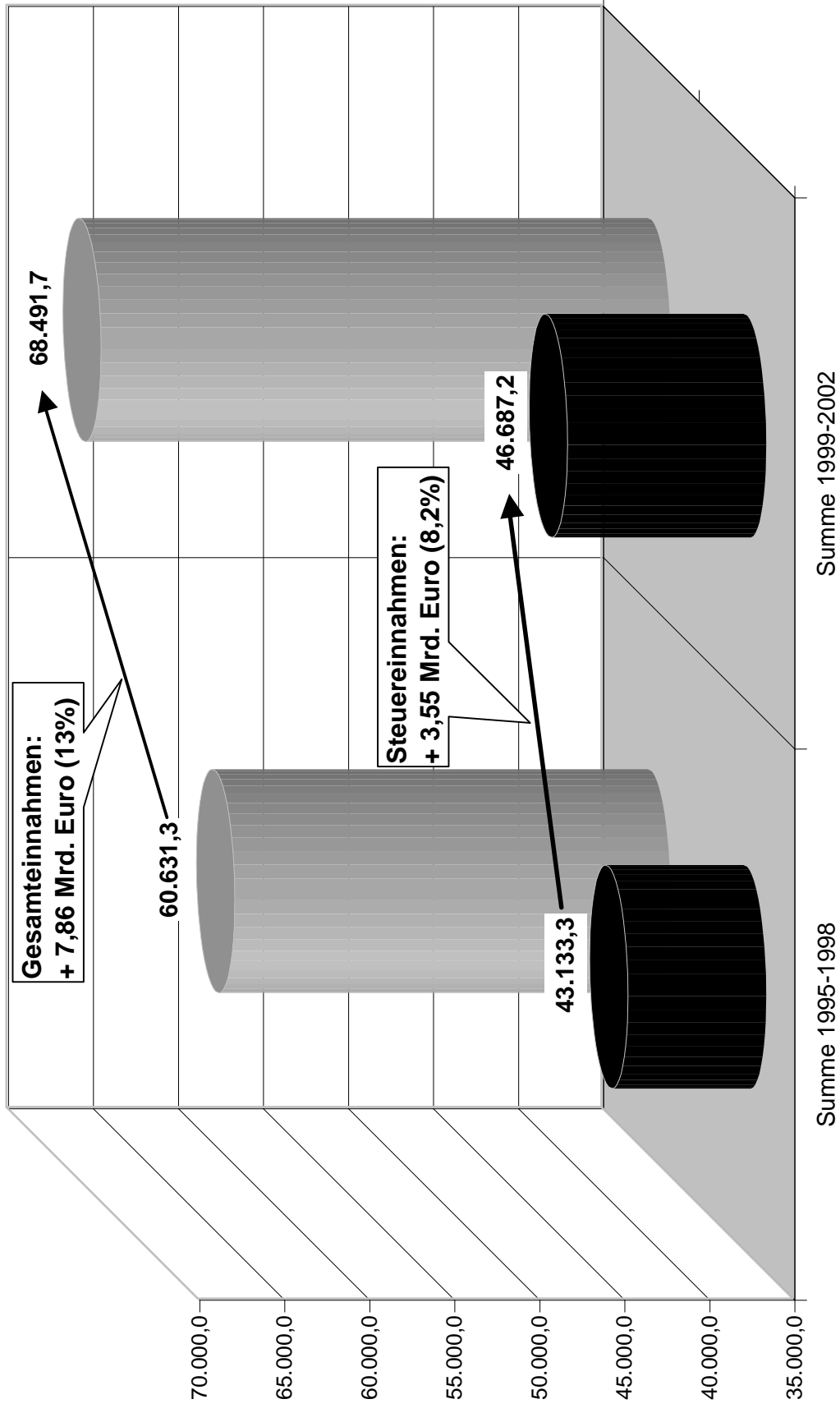
1995 (Ist)	278,8	369,1	-28,5	5,1	SPD-Grüne-Regierung unter Hans Eichel
1996 (Ist)	1.004,1	-71,1	1.279,2	142,5	
1997 (Ist)	-57,6	-91,6	-411,0	-309,3	
1998 (Ist)	125,2	-5,6	1.146,9	972,4	
1999 (Ist)	1.092,5	784,3	1.149,4	475,4	CDU-FDP-Regierung unter Roland Koch
2000 (Ist)	453,3	117,9	511,5	312,6	
2001 (Ist)	308,6	496,0	-471,0	-715,9	
2002 (Soll e.N.)	-280,3	301,4	-1.227,6	-294,8	
2003 (Soll)	841,6	521,6	1.696,0	865,6	CDU-Regierung unter Roland Koch
99-02 zu 95-98	7.331,3	4.513,1	7.860,4	3.553,9	Vergleich CDU-FDP- zu SPD- GRÜNE-Regierung

prozentuale Veränderung zum Vorjahr

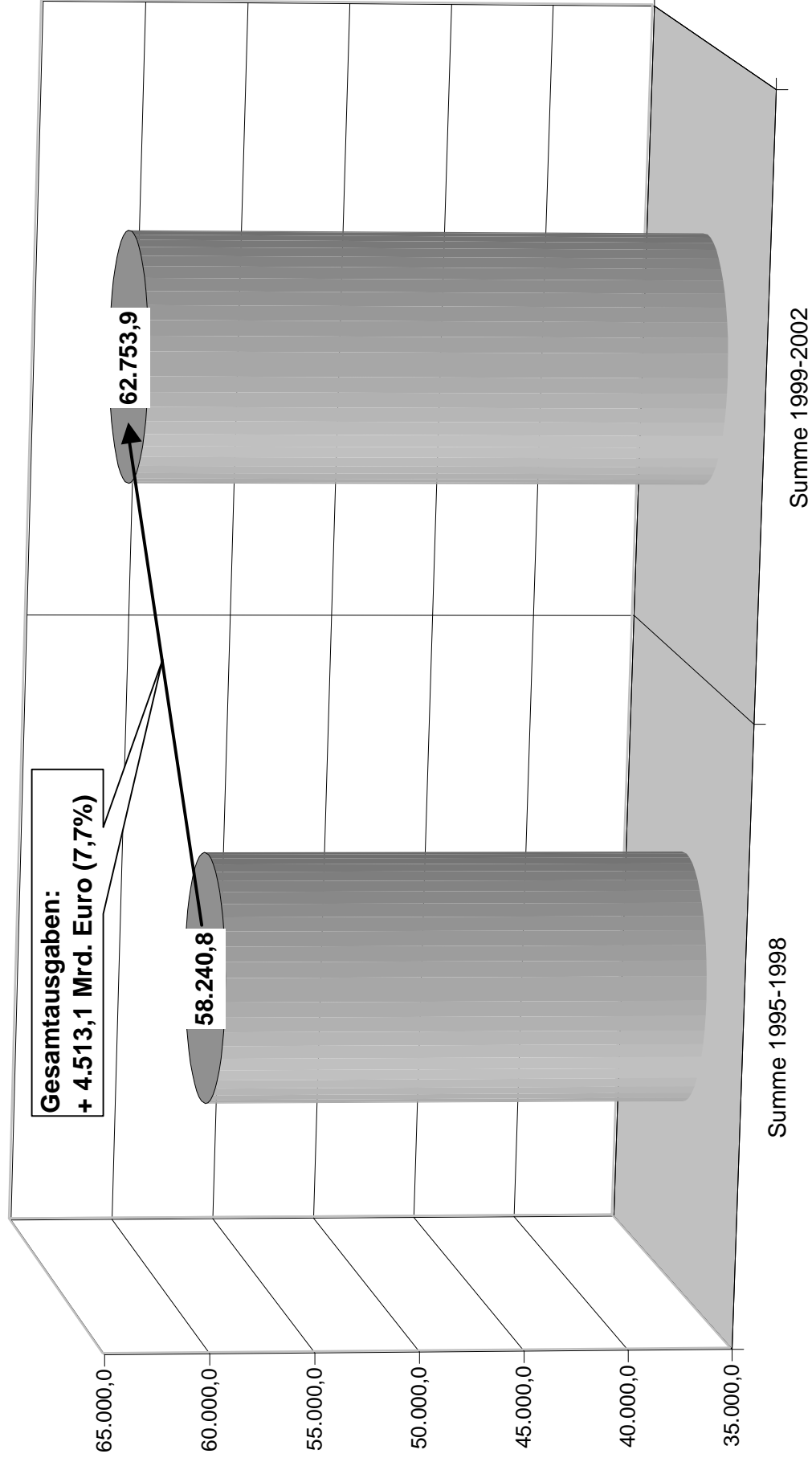
1995 (Ist)	1,8%	2,6%	-0,2%	0,0%	SPD-Grüne-Regierung unter Hans Eichel
1996 (Ist)	6,4%	-0,5%	9,1%	1,3%	
1997 (Ist)	-0,3%	-0,6%	-2,7%	-2,9%	
1998 (Ist)	0,8%	0,0%	7,7%	9,3%	
1999 (Ist)	6,6%	5,4%	7,1%	4,2%	CDU-FDP-Regierung unter Roland Koch
2000 (Ist)	2,6%	0,8%	3,0%	2,6%	
2001 (Ist)	1,7%	3,2%	-2,6%	-5,9%	
2002 (Soll e.N.)	-1,5%	1,9%	-7,1%	-2,6%	
2003 (Soll)	4,6%	3,2%	10,5%	7,7%	CDU-Regierung unter Roland Koch
99-02 zu 95-98	11,2%	7,7%	13,0%	8,2%	Vergleich CDU-FDP- zu SPD- GRÜNE-Regierung

Quelle: HMdF - Eckdaten zur Entwicklung der hessischen Landesfinanzen (17.01.2003 sowie Stat.xls/EckLandkz93-99)

Gesamteinnahmen (bereinigt) und Steuereinnahmen nach LFA in Mio. Euro



Gesamtausgaben (bereinigt) ohne LFA und Bahnreform in Mio. Euro



Gesamtausgaben (bereinigt) ohne LFA und Bahnreform in Mio. Euro

